

Sozialpolitische Forderungen

des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen e.V.

zur Landtagswahl am 9. Oktober 2022

(Kurzfassung)

Gesundheit

- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum durch Schaffung wirksamer Anreize
- Schaffung neuer Medizinstudienplätze
- Sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung
- Erhalt der Apotheken im ländlichen Raum
- Flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige stationäre und ambulante Versorgung aller Patienten in Niedersachsen
- Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten und Medizinprodukten auch in Krisenzeiten

Pflege

- Gewährleistung einer guten pflegerischen Versorgung
- Gewinnmaximierung in Pflegeeinrichtungen einen Riegel vorschieben
- Mehr qualifiziertes und angemessen bezahltes Pflegepersonal in niedersächsischen Pflegeeinrichtungen
- Grundsätzliche Verbesserung des Pflegeschlüssels in Alten- und Pflegeheimen
- Mehr bezahlbare Plätze für Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege
- Einsetzung einer Enquetekommission Pflege
- Mehr Mitbestimmung für Pflegebedürftige

Teilhabe von Menschen mit Behinderung

- Inklusion von Anfang an gemäß UN-Behindertenrechtskonvention: Inklusion sollte in der Kinderbetreuung, in der Schule, in Ausbildung und Beruf sowie bei der Freizeitgestaltung umgesetzt werden.
- Abbau stationärer Wohneinrichtungen zugunsten anderer Wohnformen, die mehr Selbstbestimmung und eine unabhängige Lebensführung gewähren
- Förderprogramme zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt
- Bescheide und Vordrucke in Leichter Sprache
- Förderung von inklusivem und barrierefreiem Tourismus
- Förderung des Behindertensports
- Schulgeldfreiheit für Heilerziehungspfleger

Barrierefreiheit

- Barrierefreie Krisenkommunikation und barrierefreie Katastrophenwarnungen
- Schaffung barrierefreier Quartiere
- Ausbau des barrierefreien ÖPNV
- Kostenlose Schülerbeförderung auch nach der 10. Klasse

Ehrenamt

- Bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt
- Kostenlose Weiterbildung und Qualifizierung für Ehrenamtliche
- Ausweitung des Bildungsurlaubsanspruchs bei ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Sonderurlaub nach der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung auch für Zwecke der Sozialverbände
- Angemessene Aufwandsentschädigungen bzw. steuerliche Vorteile für Ehrenamtliche
- Anspruch auf bedingungslose Assistenz zur Ausübung eines Ehrenamtes

Wohnen

- Investitionen in den sozialen Wohnungsbau durch das Land und die Kommunen
- Erhalt der Sozialbindung
- Ausgewogene soziale Strukturen in Wohngebieten
- Verbesserung der Infrastrukturen im Wohnumfeld
- Gute und barrierefreie Anbindung aller Wohngebiete an den ÖPNV

Prozessuales

- Wiedereinführung einer Widerspruchsstelle für sozialrechtliche Angelegenheiten, die nicht unter die Generalklausel des § 51 SGG fallen